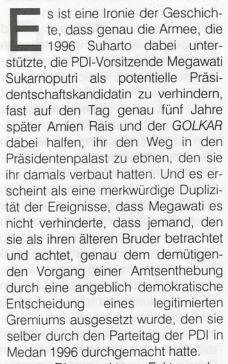
Stillstand oder Rückschritt?

von Klaus H. Schreiner



Die nackten Fakten des Machtwechsel sind bekannt. Präsident und Parlament standen sich in einem Patt der Verfassungsauslegung gegenüber. Jede Partei warf der anderen vor, mit ihrem Vorgehen die Verfassung zu brechen. Einem Amtsenthebungsverfahren durch das Parlament begegnete der Präsident in letzter Konsequenz mit der Ausrufung des Notstandes. Doch Militär und Polizei, die diesen Ausnahmezustand hätten garantieren sollen, hatten längst ihrem Oberbefehlshaber die Loyalität aufgekündigt. Mit vereinten Kräften gelang es einem Bündnis aus PDI, GOLKAR, »Poros Tengah« (»Mittelachse« islamischer Parteien) und indonesischer Armee (TNI) mit jeweils

Der Autor ist promovierter Historiker und Politologe, und publiziert zur Zeitgeschichte und Politik Indonesiens. Hauptberuflich leitet er das Europäische Verbindungsbüro des International NGO Forum on Indonesian Development.

einer eigenen politischen Agenda im Gepäck, den Mann des Präsidentenamtes zu entheben, in das sie ihn erst 21 Monate im Oktober 1999 zuvor hinein gewählt hatten. Zwar hatte Megawati mit ihrem Wahlsieg einen größeren Anspruch auf das Amt, doch dem Militär und der GOLKAR erschien sie zu reformerisch und für die islamischen Parteien war sie unislamisch, noch dazu ist sie eine Frau. Gus Dur hingegen lobten sie damals als den einzigen, der den Übergang von der autoritären Herrschaft Suhartos zur Demokratie bewerkstelligen könnte. Bald danach, im Januar 2000 begannen die Bündnispartner zu realisieren, dass Gus Dur, wie der Präsident vertraulich genannt wird, nicht willens sein würde, die in ihn gesetzten Erwartungen unwidersprochen zu erfüllen, sondern er verfolgte seine eigenen politischen Pläne. Der machiavellistische Ansatz im Bemühen, den Präsidenten zu stürzen, wird letztendlich in der Inkonsistenz der sich ständig ändernden Argumente deutlich. mit denen versucht wurde, Glaubwürdigkeit und Legitimität des Präsidenten zu untergraben: sie wandelten sich von letztlich nicht bewiesenen Korruptionsvorwürfen, über Verstöße gegen geltendes Recht zu pauschalen Unterstellungen der Unfähigkeit.

Es ist unbestreitbar, dass Gus Dur selbst häufig genug gegen die demokratischen Spielregeln verstieß und autokratische Allüren an den Tag legte, die selbst seine Unterstützer und Minister vor den Kopf stießen. Taktische Aktionen und kurzfristige Ziele ersetzten langfristige Strategien. Widersprüchliche Aussagen und politische Kehrtwendungen ließen ihn unberechenbar erscheinen. Obstruktion in der Bürokratie tat das Übrige um seine Regierung zu destabilisieren. Gruppen der Reformbewegung in Indonesien, die Gus



Dur zu den Ihren zählten, hatten es in den vergangenen Monaten schwer, seine politischen Schachzüge nachzuvollziehen. Bei vielen setzte sich die Einsicht durch, dass eine Solidarität mit der Person Gus Dur das Eine war, der Einsatz für die Demokratisierung und das Festhalten an den Zielen von »reformasi« Rechtsstaat, Wahrung der Menschenrechte, Ende der Gewalt und Überwindung der Armut letztendlich jedoch wichtiger war.

Keines dieser Ziele wurde bisher annähernd erreicht. Im günstigsten Fall ist es im Augenblick nur zu einem Stillstand dieses Reformprozesses gekommen. Die Amtsenthebung des Präsidenten aufgrund vager Formulierung in der Verfassung verheißt nichts Gutes für kommende Amtsinhaber und hat ein Präzedenz geschaffen. Allen wurde die Dringlichkeit der Reform einer Verfassung vor Augen geführt, die 1945 in den Wirren des Kriegsendes in aller Hast niedergeschrieben wurde.

Megawati als Trojanisches Pferd

Kritiker bezeichnen Megawati als Trojanisches Pferd der GOLKAR und des Militärs. Man kann zweifeln, ob dies das richtige Bild für die gegenwärtige Situation ist. Richtig ist das Kräfte des ancien régime mit Hilfe eines parlamentarischen Prozesses neue Fakten geschaffen haben. Deutlich ist auch, dass diese Kräfte nicht für die Fortsetzung eines Prozesses stehen, der 1999 mit den Parlamentswahlen und der ersten demokratischen Wahl eines Präsidenbegann. Die gegenwärtige Machtkonstellation und die politische Kultur der Elite in Jakarta sind der Entfaltung demokratischer Verhältnisse nicht förderlich.

Die TNI wird versuchen, ihren historisch und ideologisch begründeten Anspruch auf eine überparteiliche Rolle als Bewahrerin nationaler Einheit und Interessen wieder Geltung zu verschaffen. Dabei kann sie sich der wohlwollenden Unterstützung der USA gewiss sein, die Indonesien wieder in das strategische Kalkül ihrer Großmachtpolitk gegen die VR China einbezieht. Welche Rolle der IWF, mit dessen teurem Rat die Regierungen Indonesiens in den vergangenen Jahren selten gut bedient waren, bei dem abrupten Ende der Regierung Abdurrahman Wahid gespielt hat, werden in einigen Jahren die Wirtschaftshistoriker herausfinden. Die politische Stabilität, die eine auf das Militär gestützte Regierung Megawati verspricht, wird Gläubiger und Investoren beruhigen. Der Rupiahkurs gegenüber dem US-Dollar ist innerhalb von wenigen Tagen um 15 Prozent gestiegen. Gleichzeitig herrscht seit dem Machtwechsel eine Ruhe im Lande, die auf bemerkenswerte Weise mit den gewalttätigen sogenannten ethnischen und religiösen Konflikten kontrastiert, die die Amtszeit Wahid begleitet hatten. Ein Indiz mehr, in welchem Ausmaß in diesem Machtkampf Gewalt als politisches Mittel eingesetzt wurde, um die gewählte Regierung zu destabilisieren.

GOLKAR, als die Vertreterin vieler mit dem Suhartoregime verbundenen Bürokraten und Wirtschaftskreise wird ihre Strukturen bis auf Dorfebene wieder aufbauen, um

so auf die Wahlen für 2004 vorzubereiten. Die PDI-P hat nun endlich ihre Vorsitzende in den Präsidentenpalast gebracht. Ob die Partei darüber hinaus ein politisches Programm besitzt ist eine bisher unbeantwortete Frage. Amien Rais und die islamische Mittelachse waren der Ansicht, Gus Dur setze sich nicht genügend für die Belange der umma ein. Ihre Mithilfe bei der Entmachtung des ersten explizit islamischen Präsidenten des Landes könnte sich jedoch als ein Pyrrhussieg für die islamische Gemeinschaft in Indonesien erweisen. In der Absicht, den traditionalistischländlich konstituierten Islam politisch zu verdrängen, hat die mehrheitlich urban-modernistisch geprägte »Poros Tengah« gewollt oder ungewollt dem Vorurteil Vorschub geleistet, der Islam sei zu einer konstruktiven Rolle im indonesischen Staatswesen nicht fähig.

Neues Machtgefüge verschärft politisches Klima

Sollte es Megawati gelingen, das delikate Gleichgewicht in der sie unterstützenden Koalition zu halten, ohne den Spielraum insbesondere von GOLKAR und TNI einzuschränken, wird sie wohl bis 2004 im Amt bleiben. Gelingt ihr dies nicht, und sollten die beiden mächtigsten Bündnispartner vor dem Jahr 2004 befinden, Megawati stehe ihren politischen Zielen entgegen, wird sie mit ihrer

Absetzung rechnen müssen. Ob dann der Nachfolger aber Amien Rais heißen wird, wie dieser es wohl immer noch hofft, scheint mehr als fraglich, es sei denn er hätte bis dahin noch mehr als bisher schon Wandlungsfähigkeit und politischen Opportunismus gezeigt. Denn obwohl die islamische Koalition von »Poros Tengah« maßgeblich an der Entmachtung Gus Durs beteiligt war, wird diese erfolgreiche Zusammenarbeit die argwöhnische Haltung des Militärs gegenüber jeder politischen Ambition islamischer Gruppen nicht beschwichtigen.

Das neue Machtgefüge wird das politische Klima in Indonesien verschärfen. Der Mord an dem Richter des Obersten Gerichtshofes, der mit dem Fall Tommy Suharto befasst war, stellt eine bisher unbekannte Qualität politischer Gewalt in Indonesien dar. Entsprechend werden sich die Arbeitsbedingungen für Nichtregierungsorganisationen (NGO) verschlechtern. Mit der Absetzung von Gus Dur haben die NGOs nicht nur einen Fürsprecher verloren, sondern im Zuge einer Kabinettsumbildung werden die vielen Aktivisten, die 1999 in die Bürokratie eingezogen waren. wieder ihrer Ämter enthoben und den NGOs dadurch der direkte Zugang zur Exekutive verbaut werden.

Sollte der brutale Überfall auf das Büro des Rechtshilfeinstituts in Banda Aceh, der im Aufmerksamkeitsschatten des Impeachmentverfahrens in Jakarta stattfand, das Signal für den zukünftigen Stil politischer Problemlösung und für den Umgang mit dissidenten Meinungen sein, dann ist der Demokratisierungsprozess in Indonesien nicht nur zu einem Stillstand gekommen, sondern hat er auch einen empfindlichen Rückschlag erfahren. Es dürfte Megawati unter diesen Bedingungen schwer fallen, die Hoffnungen, die ihre Wähler 1999 in sie gesetzt hatten zu erfüllen. Leichter wird es für ihre Regierung sein, die internationale Institutionen und Banken - zumindest vorläufig - auf ihre Seite zu ziehen. Ob sie ihre Kritiker in der Zivilgesellschaft überzeugen und für sich gewinnen kann, daran wird sie sich messen lassen müssen.



Megawati und Hamzah Haz